

Nr. 2 | 02.02.2018

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt ist es beschlossen: Der Rechtsanspruch auf Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz wird abgeschafft. Stattdessen gibt es künftig ein Kontingent von maximal 1.000 Personen pro Monat. Ehegatten oder minderjährigen Kindern kann demnach aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden.

Außerdem haben sich im Bundestag die Ausschüsse konstituiert. Die CSU im Bundestag hat sich neu aufgestellt und ihre Mitglieder für die Gremien gewählt: Wen, das erfahren Sie in dieser Ausgabe. Weitere Themen in dieser Woche: der Jahreswirtschaftsbericht 2018, die Gedenkveranstaltung im Bundestag für die Opfer des Nationalsozialismus sowie die Feierstunde anlässlich des 55. Jahrestages des Élysée-Vertrags.

Viel Freude beim Lesen
und freundliche Grüße

Ihre CSU-Bundestagsabgeordnete





FAMILIENNACHZUG

Rechtsanspruch für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz entfällt

Der Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus bleibt bis zum 31. Juli ausgesetzt. Ab August entfällt der Rechtsanspruch auf Familiennachzug für diesen Personenkreis komplett und wird durch ein Kontingent von maximal 1.000 Personen pro Monat ersetzt. Dies sieht das von CDU und CSU eingebrachte Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs vor, das die Abgeordneten am Donnerstag verabschiedet haben.

[weiterlesen](#)



IN EIGENER SACHE

CSU im Bundestag wählt Gremien-Mitglieder

Die CSU im Bundestag hat sich neu aufgestellt und die Mitglieder für ihre Gremien gewählt. Welche neuen Gesichter es gibt und wer künftig für was zuständig ist, lesen Sie hier.

[weiterlesen](#)



WIRTSCHAFT

"Wir haben die richtigen Weichen gestellt"

Die deutsche Wirtschaft boomt, die Zahl der Erwerbstätigen steigt weiter. Das ist die Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit, erklärt Karl Holmeier, wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, im Interview. Am Freitag wurde der Jahreswirtschaftsbericht 2018 im Bundestag debattiert.

[weiterlesen](#)



HOLOCAUST-GEDENKTAG

Jede Form von Antisemitismus ist unerträglich

Hetze und Gewalt dürfen in unserer Gesellschaft keinen Raum haben – das machte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble bei der Gedenkveranstaltung des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus unmissverständlich deutlich. Jedes Jahr Ende Januar gedenken die Abgeordneten im Bundestag all jenen, die dem nationalsozialistischen Terror zum Opfer fielen.

[weiterlesen](#)



ÉLYSÉE-VERTRAG

Deutschland und Frankreich: pulsierendes Herz Europas

Deutschland und Frankreich feiern heute den 55. Jahrestag des Élysée-Vertrages.

Anlässlich des Jubiläums hat der Deutsche Bundestag eine Resolution verabschiedet, die die deutsch-französische Beziehung weiter vertiefen und intensivieren soll.

[weiterlesen](#)

Kontakt

CSU im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bürgerinfo 030 / 227-51999

Weiterführende Links

www.csu-landesgruppe.de

Social Media

[Twitter](#)

Die Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).
